



ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes fördern:

**Eine feste Partnerschaft
zwischen dem ländlichen Raum und der Europäischen Union
etablieren**

Die gewählten Vertreter der ländlichen Gemeinden, der Departements, der Provinzen und der Regionen aus Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Belgien, Österreich, aus den Niederlanden und Polen, die am 14. September 2006 an dem zusammen mit dem Ausschuss der Regionen organisierten internationalen Seminar über „**Die Rolle der ländlichen kommunalen Gebietskörperschaften für die Entwicklung der EU**“ teilgenommen haben,

**stellen einstimmig fest,
dass die ländlichen Gebiete, die über 90% der Fläche der EU und 25% der EU Bevölkerung ausmachen,**

- ein öffentliches Gut bereitstellen, das als ein Mehrwert für das kulturelle und historische Erbe, den Landschaftsschutz, für die biologische Vielfalt und die Achtung der Tier- und Pflanzenwelt betrachtet werden sollte;
- die Entwicklung einer vielseitigen lokalen Wirtschaft unterstützen – in den traditionellen, wie in den innovativen Bereichen –, welche wiederum auf einem hohen Qualitätsangebot von Natur-, Landwirtschafts-, Gewerbe- und Kulturprodukten beruht. Dieses ist in vielen Fällen gekennzeichnet durch lokale Marken;
- den Schutz der örtlichen Umweltsysteme und die bestmögliche Garantie gegen Wasserverschmutzung und Bodenverunreinigung bieten;
- in einigen Mitgliedstaaten während der letzten Jahre angesichts von finanziellen und personellen Einsparungen durch inter-kommunale Kooperation, basierend auf der Gründung von Gemeindeverbänden, Verbänden, Konsortien und anderen thematischen Netzwerken, Lösungen für Verwaltung und Betriebsführung gefunden;
- durch den Schutz natürlicher Ressourcen und deren rationelle Verwendung und Wiederverwendung bereits neue wirtschaftliche Initiativen entwickelt haben, die auf Umweltschutz, Unabhängigkeit im Energiebereich und der Beteiligung an der Nutzung erneuerbarer Energien basieren.

sind besorgt über

- die Intensivierung des internationalen Wettbewerbs, der die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten zu schwächen und sie gegenüber städtischen Regionen hinter sich zurückzulassen droht;
- die Fortdauer einer sich ausdehnenden Abspaltung zwischen ländlichen und städtischen Regionen in der technologischen Entwicklung und der infrastrukturellen Ausstattung;
- die hohe Rate der strukturellen Arbeitslosigkeit, das geringe Einkommen, sowie die fortschreitende Überalterung der Bevölkerung, von denen zahlreiche ländliche Regionen betroffen sind;
- das Phänomen der Entvölkerung, von dem seit einigen Jahren bestimmte ländliche Regionen in Europa betroffen sind. Diese Entwicklung beeinträchtigt das Beibehalten von lokalen Kulturen und Traditionen, erschwert die Erhaltung des architektonischen Kulturguts, macht einige unabdingbare Dienstleistungen weniger wettbewerbsfähig und gefährdet deren flächendeckende Bereitstellung.

unterstreichen die Forderung

- nicht nur in städtischen Regionen einen hohen Standard im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der beruflichen Spezialisierung zu gewährleisten, der wiederum die Innovation von Produktionssystemen garantiert und die Gründung lokaler Betriebe im Bereich der Landwirtschaft, des Handwerks, des Gewerbes und der Industrie sowie der Dienstleistungen unterstützt;
- angemessene öffentliche Investitionen zu gewährleisten, die es ländlichen Gebieten ermöglichen, erneuerbare Energien zu nutzen - insbesondere durch den Gebrauch von Solarkollektoren, Biomasse und soweit wie möglich der Windkraftanlagen -, um zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit im Energiebereich zu gelangen und mittels eines öffentlich-privaten Managements der Anlagen diese Energie weiter zu produzieren und zu vertreiben;
- den potenziellen Wert verlassener Gebäude in kleinen ländlichen Gemeinden zu erhalten; diese Gebäude sollten soweit wie möglich restauriert und als Wohnhäuser, aber auch als öffentliche, kulturelle und touristische Einrichtungen neue Verwendung finden;
- ein angemessenes Angebot an öffentlichen Leistungen in ländlichen Regionen zu gewährleisten, denn diese Leistungen garantieren den Bürgern nicht nur eine hohe Lebensqualität, sondern auch einen besseren Zugang zu den oben genannten Einrichtungen, die leider zu oft den städtischen Regionen vorbehalten sind. Die Kooperation zwischen den Gemeinden, den Departements oder den Regionen ist ein wichtiger Faktor, um dieses Ziel zu erreichen;
- Formen einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen städtischen und ländlichen Regionen auszuloten, wobei auf den daraus resultierenden gegenseitigen Nutzen Wert gelegt werden sollte. Insbesondere gilt dies für kleinere und mittlere kommunale Gebietskörperschaften, in Bezug auf die ländlichen Gebiete;
- nach einer Verstärkung und Ausdehnung einer nachhaltigen Flächennutzungsstrategie, um das Potenzial, das durch die natürlichen Ressourcen zur Verfügung steht, – im Bewusstsein der vorhandenen Risiken und einer Verpflichtung zur Rücksicht auf die Umwelt – auszuschöpfen.

ersuchen die Kommission, den Rat und das Europäische Parlament,

1. durch die verschiedenen politischen Handlungsweisen und Gemeinschaftsprogramme, Investitionen in Infrastrukturen zu garantieren, um ländliche Regionen besser in die nationalen und internationalen Verkehrsnetze einzubinden;
2. eine flächendeckende Kommunikationsinfrastruktur, wie etwa Breitband-Internetzugang, drahtlose und andere hochentwickelte Technologien bereitzustellen, die es der ländlichen Wirtschaft ermöglicht im globalen Wettbewerb mithalten;
3. die Mitgliedstaaten zu ermutigen, während der derzeitigen Verhandlungen zu den nationalen und regionalen Programmen, die Strukturfonds und insbesondere den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung unter Berücksichtigung einer engeren Partnerschaft zwischen allen lokalen Behörden auf regionaler Ebene einzusetzen. Dies soll dazu führen, dass Projekte gefördert werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes vorantreiben;
4. Anregungen zu geben, um die Kooperation zwischen öffentlichen Einrichtungen zu vertiefen und eine Verbesserung des Potenzials für die Förderung einer guten Verwaltungsführung im ländlichen Raum zu erreichen;

5. den innovativen Erfahrungsaustausch zwischen den ländlichen Gemeinden Europas zu unterstützen, indem die traditionellen Städtepartnerschaften ausgebaut werden oder indem neue Initiativen, wie z.B. der vom Parlament unterstützte Wettbewerb „European destination of excellence“ gegründet werden;
6. sowohl bei der Erarbeitung, als auch bei der Durchführung neuer Programme die nationalen und europäischen Organisationen der kommunalen Spitzenverbände an der Gestaltung ländlicher und lokaler Entwicklungspolitiken zu beteiligen;
7. die verschiedenen Formen von Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und die freie Wahl der Organisationsform von öffentlichen Dienstleistungen im ländlichen Raum zu garantieren.

sie sind bereit,

- ihre erfolgreichen Verfahrensweisen und Erfahrungen bei wirtschaftlichen Initiativen und Partnerschaften weiterzugeben, welche zwischen ländlichen Gebieten der Mitgliedsstaaten eine nachhaltige Nutzung lokaler Ressourcen unterstützt, Qualitätsdienstleistungen bereitgestellt und Arbeitsplätze sowie Wachstum geschaffen haben.

sie wünschen sich,

- dass die europäischen Institutionen den speziellen Bedürfnissen der ländlichen Regionen besondere Beachtung schenken und mit letzteren eine echte Partnerschaft aufbauen, um auf diesem Weg zwei Ziele zu erreichen: Zum einen die EU den Bürgern näher zu bringen, zum anderen die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern.

**Gestützt auf die oben genannten Erwägungen
verpflichten sich die
nationalen Verbände der Kommunen, Provinzen, Departements und Regionen
aus Italien, Frankreich und Deutschland,**

- den Inhalt des vorliegenden Dokuments unter den Europäischen Institutionen zu verbreiten;
- die Debatte über die Organisation neuer Initiativen zur Bildung europäischer Netzwerke in Zusammenarbeit mit den europäischen Verbänden zwischen den ländlichen Gebieten zu vertiefen.
- die Interessen der ländlichen Regionen bei öffentlichen europäischen Zusammenkünften und Anhörungen zu den Themenbereichen Raumplanung, lokale Entwicklung, Bodennutzung, Kooperation zwischen ländlichen und städtischen Regionen, Umwelt, neue Technologien und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu fördern.

Brüssel, den 26. September 2006